

Vor Parlamentsschlacht um EU-Fiskalpakt:

Bei seinem EU-Kurs könnte Hollande auf die Hilfe der bürgerlichen Opposition angewiesen sein

Frankreichs Linksregierung ist bei der Ratifizierung des EU-Fiskalpakts und der Schuldenbremse auf die Bürgerlichen angewiesen, weil ein Teil der SP und die Mehrheit der Grünen dagegen stimmen werden.

VON DANNY LEDER, *PARIS*

Während am Sonntag zehntausende Anhänger der „Linksfront“ (ein Bündnis kleinerer Linksparteien) in Paris gegen den EU-Fiskalpakt demonstrierten und eine diesbezügliche Volksabstimmung forderten, bereitete sich die Staatsführung um Francois Hollande auf eine heikle Schlacht um die parlamentarische Ratifizierung des Pakts in den nächsten Tagen vor. Das für die Zukunft des Euro überlebenswichtige Abkommen wird zwar sicher von Frankreichs Parlament verabschiedet werden, die regierende Koalition aus Sozialisten und Grünen wird aber bei dieser Gelegenheit ihre inneren Spannungen offenbaren und dürfte auf die Schützenhilfe der bürgerlichen Opposition angewiesen sein.

Das Pikante dabei: die SP verfügt zwar alleine über die absolute Mandatsmehrheit in der Nationalversammlung. Aber 20 bis 30 ihrer Abgeordneten dürften gegen den Pakt stimmen so wie die Mehrheit der Grünparlamentarier. Ihr Argument: Fiskalpakt und Schuldenbremse würden dem Land eine sparpolitische „Zwangsjacke“ verpassen, die wirtschaftliche Ankurbelmaßnahmen verunmögliche und damit erst recht eine Rezession heraufbeschwöre.

Die Regierung hält dem entgegen, dass Hollande den ursprünglichen Pakt, der zwischen seinem Amtsvorgänger Nicolas Sarkozy und Angela Merkel ausgehandelt wurde, „durch Wachstumsmaßnahmen ergänzt“ habe. Während seiner Wahlkampagne hatte Hollande freilich eine grundlegende „Neuverhandlung“ versprochen. Auch gelten in den Augen seiner linken Kritiker die nämlichen Wachstumsmaßnahmen als zu bescheiden: handelt es sich doch um die Mobilisierung bloß von 120 Milliarden Euro, die hauptsächlich aus bereits vorhandenen, aber ungenützten Mitteln der EU-Regionalunterstützungs-Fonds bestehen.

Skurilerweise deckt sich diese Lesart der linken Kritiker des Fiskalpakts mit der Einschätzung der bürgerlichen Opposition, nur dass Letztere daraus das genau entgegengesetzte Abstimmungsverhalten ableitet: so wollen die bürgerlichen Abgeordneten den Pakt ratifizieren, weil sie ihn, französischerseits als das Werk von Ex-Präsident Sarkozy und seiner vormaligen Mitte-rechts-Regierung sehen. Wobei sie sich über Hollande lustig machen, der jetzt nachträglich und quasi unverändert einen Vertrag akzeptiere, den er zuvor als Diktat von Merkel abgelehnt hatte.

Demgegenüber betont die Linksregierung, dass Präsident Hollande durch sein Aufbegehren gegen Merkel und seine Teilallianz mit Italien und Spanien ein neues Kräfteverhältnis in der Eurozone geschaffen habe. Dieses habe bereits durch den Start des Euro-Rettungsmechanismus und den Anstoß zur EU-Bankenunion einen Prozess eingeleitet, der schlussendlich zu einer Zusammenlegung der

Schulden und finanziellen Beistandspflicht der Euro-Staaten führen werde, und damit, so die Sicht von Hollande, die Spekulation gegen einzelne Krisenstaaten stoppen würde.

Als Gegenleistung müsse Frankreich bei seinem eigenen Schuldenabbau ernst machen und dem Fiskalpakt zustimmen. Dieser biete im Übrigen, für den Fall einer anhaltenden Rezession, die Möglichkeit eines Aufschubs bei der Defizitreduzierung – also einen Spielraum, den der ursprüngliche Maastricht-Vertrag nicht enthalten hatte, betonen Regierungspolitiker.

Darüber hinaus ist der, seit eh und je überzeugte Europäer Hollande auch bezüglich der Schaffung einer verstärkten EU-Politunion in die Nähe von Merkel gerückt, auch wenn er sich gegen den von der deutschen Kanzlerin angestrebten Rhythmus sträubt und einstweilen kaum etwas dazu in der Öffentlichkeit sagt. Aus gutem Grund: beim Referendum über die EU-Verfassung in Frankreich 2005 hatte das Nein gesiegt, wozu eine Mehrheit der Linkswähler beigetragen hatte. Hollande hatte damals als SP-Vorsitzender vergeblich für das Ja gekämpft. Die Stimmung ist inzwischen nicht EU-freundlicher geworden: laut jüngster Umfrage würden jetzt 64 Prozent der Franzosen gegen die Maastrichter-Verträge stimmen, 76 Prozent halten die Krisenbekämpfung der EU für „ineffektiv“. Der Taktiker Hollande glaubt daher, dass man, solange die Arbeitslosenrate in Frankreich weiter wächst (zuletzt 10 Prozent) und die Krise nicht überwunden sei, das Reizthema EU-Politunion eher vermeiden sollte.